



EUROPATAGUNG

*Das Haus Europa
gemeinsam weiterbauen*

Markus Ferber (Hrsg.)

EUROPATAGUNG IN OTTOBEUREN
20. und 21. April 2024

FESTVORTRÄGE UND IMPULSE



UlrichsJUBILÄUM 2023/24
Mit dem Ohr des Herzens



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Markus Ferber (Hrsg.)

**EUROPATAGUNG IN OTTOBEUREN
20. und 21. April 2024**

FESTVORTRÄGE UND IMPULSE



Markus Ferber, MdEP
ist Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung,
München.

„Europa wird in Krisen geschmiedet, und es wird die Summe der zur Bewältigung dieser Krisen verabschiedeten Lösungen sein“ (S. 528), so Jean Monnet im Jahre 1980 in seinen Erinnerungen eines Europäers.

Dieser vielzitierte Ausspruch von einem der Gründerväter der EU, Jean Monnet, scheint in den vergangenen Jahren mehr denn je seine Gültigkeit bewiesen zu haben: Nicht selten wird das Aufeinanderfolgen von Flüchtlings-, Corona- und Ukraine Krise seit dem Kollaps der Finanzmärkte 2008 als fortwährende „Polykrise“ beschrieben. Die EU hat all diesen Stürmen bisher getrotzt – und nicht nur das: Ganz im Sinne Monnets ist sie an ihnen gewachsen, indem in ihren Institutionen gemeinsame Lösungen entwickelt wurden.

Vor diesem Hintergrund hat die von der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Bistum Augsburg ausgerichtete Europatagung „Das Haus Europa gemeinsam weiterbauen“ nicht nur das in der Vergangenheit Erreichte Revue passieren lassen, sondern auch die Zukunft Europas in den Blick genommen: Was ist die gemeinsame Wertebasis, die das europäische Friedensprojekt auch in Zukunft tragen wird? Wie schaffen wir es, die EU nachhaltig zu machen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten? Wie kann sich die EU erweitern, ohne dass die Funktionsfähigkeit ihrer Institutionen dadurch gefährdet wird?

Zusammen mit Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Bischof Dr. Bertram Meier und Abt Johannes Schaber haben wir versucht, Antworten auf diese Fragen zu skizzieren. Die Reden und Impulse der Europatagung sind im vorliegenden Band vereint.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in blue ink, reading 'Markus Ferber'. The signature is written in a cursive style with a prominent flourish at the end of the last name.

Markus Ferber, MdEP

Inhalt

Vorwort Markus Ferber	2
Teil 1: FESTVORTRÄGE	7
Die Einigung Europas: Aus christlicher Verantwortung Hans-Gert Pöttering	8
Der Geist von Messina: Europa muss handlungsfähiger werden Werner Weidenfeld	22

Teil 2: IMPULSVORTRÄGE	33
Eröffnungsrede der Europatagung Markus Ferber	34
Nicht nur Währungs- und Wirtschaftsunion, sondern Wertegemeinschaft Bertram Meier	37
Zur Geschichte der Abtei Ottobeuren Johannes Schaber	41
EU-Erweiterung als Chance und Herausforderung Markus Ferber	46

Teil 1

FESTVORTRÄGE

Hans-Gert Pöttering

DIE EINIGUNG EUROPAS: AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG

Sehr verehrte Damen und Herren,

es gibt wohl nur wenige Orte in Deutschland, die so geeignet sind, nachzudenken über die Geschichte Europas, seine Gegenwart und Zukunft wie Ottobeuren, in Schwaben, in Bayern. Das Benediktinerkloster Ottobeuren, gegründet 764, führt unsere Gedanken zum heiligen Benedikt von Nursia, dem Schutzpatron Europas.

Es ist mein vierter Besuch in Ottobeuren. Anfang der 80er-Jahre hat mich Hans August Lücker, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1958 bis 1984, Vorsitzender der christdemokratischen Fraktion von 1970 bis 1975, die heute Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) ist, als jungen Abgeordneten hierher eingeladen. Damals konnte ich nicht ahnen, dass mir aus Anlass seines Todes am 28. Dezember 2007 die Ehre zuteilwürde, Hans August Lücker, den Ehrenbürger Ottobeurens, in der Basilika zu würdigen. So wollen wir uns auch heute seiner in Dankbarkeit erinnern. Es war aus Anlass seines 100. Geburtstages, dass Du mich, lieber Markus, erneut nach Ottobeuren eingeladen hast: Ich erinnere mich, dass auch Theo Waigel anwesend war.

Lieber Markus, Du wurdest 1994 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, dem ich damals schon 15 Jahre angehörte. Bis 2014 waren wir Kollegen. Ich habe Dir und den CSU-Kolleginnen und Kollegen, deren Vorsitzender Du von 1999 bis 2014 warst, viel zu verdanken. Ohne Eure Unterstützung hätte ich die Aufgaben im Europäischen Parlament, die ich wahrnehmen durfte, wohl nicht wahrnehmen können. Für diese Solidarität möchte ich Dir heute in Deiner Heimat aufrichtig und herzlich danken!

Ottobeuren ist mit dem Heiligen Ulrich, Bischof von Augsburg und Abt von Ottobeuren, eng verbunden. Am Sieg von Kaiser Otto I gegen die Ungarn bei der Schlacht auf dem Lechfeld vom 8. bis 10. August 955 hatte der Heilige Ulrich von Augsburg großen Anteil. Heute versuchen wir, den Regenten in Budapest nicht mit militärischen Mitteln der Gewalt, sondern mit der Durchsetzung des europäischen Rechts, des Rechts der Europäischen Union, zu bändigen.

Auch heute ist Krieg in Europa, ein Krieg Russlands, eines Autokraten, eines Diktators und Verbrechers, gegen den Freiheitswillen des ukrainischen Volkes. Moralisch, politisch, wirtschaftlich, finanziell und militärisch müssen wir solidarisch sein mit den Menschen in der Ukraine, damit sie eine Zukunft haben, um wie wir in Freiheit, Frieden und einer rechtsstaatlichen Ordnung zu leben. In der Ukraine wird auch unsere Freiheit verteidigt. Den Freiheitskampf der Ukraine zu unterstützen, muss die Priorität der Prioritäten der Europäischen Union sein.

Es ist Krieg in Europa, ja, aber nicht in der Europäischen Union (EU). In der EU leben wir – bei allen Problemen und Herausforderungen – auf der Grundlage des Rechts friedlich zusammen. Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern, mehr als bisher schon, deutlich machen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni sind dazu eine zusätzliche Motivation. **Die Europäische Union ist eine Friedens-, Freiheits- und Rechtsgemeinschaft.** Die Europäer sollten stolz darauf sein, was sie sich über die Jahrhunderte erkämpft haben: an Werten, Freiheit, Recht und Demokratie. Es war ein langer Weg.

Wir sind hier im Süden Deutschlands, ich komme aus dem Norden unseres Landes, aus dem Landkreis Osnabrück. Im vergangenen Jahr haben wir dort des Westfälischen Friedens von Münster und Osnabrück von 1648, also vor 375 Jahren, gedacht. Er beendete den Dreißigjährigen Krieg in Deutschland und Europa. Diesen Friedensschluss möchte ich zum Anlass nehmen, um den weiten Weg des Bemühens um Frieden und Freiheit in Europa bis in die Gegenwart nachzuzeichnen. Politiker, später auch Politikerinnen, die aus christlicher Verantwortung handelten, haben an diesem Weg zu Frieden und Freiheit, zur Einigung Europas, großen Anteil.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen, und damit auch nicht in eine gute Zukunft starten. Dem Dreißigjährigen Krieg lagen religiöse, nationale und europäische Auseinandersetzungen

zugrunde. Der Friedensschluss war für die Menschen ganz persönlich von größter Bedeutung. Lassen wir den Chronisten des 25. Oktober 1648, der vom Kaiser in Wien als der offizielle Friedenstag bestimmt wurde, sprechen: „An diesem Tage war nämlich frühmorgens die Kunde vom Friedensschluss (von Münster) nach Osnabrück gelangt. Zu diesem Zeitpunkt war gerade der Gottesdienst in St. Marien am Marktplatz zu Ende gegangen. Da befanden sich viele Menschen vor dem Rathaus, als die frohe Botschaft verkündet wurde. Die versammelten Menschen sollen sich vor Freude umarmt und geweint haben. Gemeinsam sangen sie den Choral ‚Nun lob mein Seel den Herren‘. Unter ihnen befanden sich viele 30-Jährige, die Frieden noch nicht erlebt hatten.“

Eine Sonderausstellung im „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel wird ab dem 25. April 2024 an den Dreißigjährigen Krieg erinnern. Der Dreißigjährige Krieg war gerade für Deutschland verheerend. Bei einer geschätzten Bevölkerung von maximal 30 Millionen Menschen dürfte annähernd ein Drittel bis die Hälfte ums Leben gekommen sein. Heute – 375 Jahre nach dem Friedensschluss von Münster und Osnabrück – leben viele 75-Jährige, die Krieg persönlich noch niemals erlebt haben. Dieses trifft aber nur für die Menschen zu, die in der Europäischen Union beziehungsweise ihren vorangehenden Organisationen gelebt haben und leben. In den 90er-Jahren gab es Krieg auf dem Balkan; heute herrscht Krieg mitten in Europa, ein verbrecherischer Krieg Russlands gegen den Freiheitswillen der Menschen in der Ukraine.

Der Weg zum Westfälischen Frieden war lang. Lassen wir den Historiker Golo Mann sprechen: „So langsam kam die Sache in Gang, so allmählich erschienen die Gesandten, jeder in der Furcht, er könnte als erster kommen und seiner Würde etwas vergeben. Es waren 148 Gesandte, 111 Deutsche, 37 Nicht-Deutsche. Außer England, Russland und der Türkei – das Osmanische Reich hatte Territorien auf dem Balkan – fand ganz Europa sich in Münster und Osnabrück vertreten. Die Verhandlungen waren oftmals von Eitelkeiten und Eifersucht begleitet. Der Gesandte des Papstes bemerkte ironisch, er würde gerne jedem Teilnehmer die Anrede ‚Majestät‘ geben, wenn sie nur endlich vorwärts machten.“

Das Ergebnis des Westfälischen Friedens war die Anerkennung und Gleichberechtigung souveräner Staaten und ihrer territorialen Integrität. So entstand eine neue völkerrechtliche Ordnung, deren Prinzipien auch heute Gültigkeit haben, auch wenn diese Ordnung immer wieder schei-

terte. Das Ergebnis des Westfälischen Friedens war darüber hinaus ein Religionsfrieden, nicht die Religionsfreiheit für die Menschen. Es galt die Religionshoheit des Landesherrn: Cuius regio, eius religio. Das heißt, die Bürger mussten die Religion des Landesherrn übernehmen. Davon gab es nur wenige Ausnahmen, so in der Region Osnabrück.

Der Westfälische Frieden basiert als Friedensmodell auf einem von Gleichberechtigung geprägten Pluralismus der beiden großen Bekenntnisse. Aus dieser Ablehnung eines konfessionellen Absolutheitsanspruchs folgte jedoch gleichzeitig eine Säkularisierung der Friedensidee: Während man zuvor noch auf die Integrationskraft der christlichen Universalmonarchie im Sinne einer Pax Christiana vertraut hatte, wurde diese Idee nunmehr von der Vision eines **„europäischen Gleichgewichts“** durch die säkularen Mächte verdrängt. Doch dieses Gleichgewicht sollte immer wieder zusammenbrechen.

1681 entreißt Ludwig XIV, der Sonnenkönig, dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation Teile von Elsass und Lothringen, Straßburg geht dem Reich verloren. Bis ins 20. Jahrhundert waren Straßburg, Elsass und Lothringen leidgeprüfte Grenzregionen zwischen Deutschland und Frankreich und wurden gezwungen, mehrfach das Vaterland, zu dem man sie nicht befragte, zu wechseln.

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763), die Auseinandersetzung zwischen Friedrich II von Preußen und Maria-Theresia von Österreich, ist der Beginn eines hundertjährigen Machtkampfes um Vorherrschaft und Gleichgewicht auf den deutschen und europäischen Territorien. Als Napoleon sich nach der Schlacht von Jena und Auerstedt (1806) auf dem Zenit seiner Macht befand, sah er sich einer wankelmütigen, in sich zerstrittenen Front gegenüber. Diese Front waren die Großmächte jener Epoche – England, Frankreich, Österreich, Russland und Preußen.

Beeindruckend beschreibt Golo Mann die historische Realität jener Zeit: „Die Feindschaft zwischen Frankreich und England war eine alles überschattende. Eben darum gab es immer wieder vage Kontaktaufnahmen zwischen ihnen, verursacht durch die Vorstellung, dass, wenn sie sich einigten, der Friede ewig und die Welt ihr Besitz sein würde. Es war Feindschaft zwischen Frankreich und Österreich, alte klassische Renaissancefeindschaft. Es war Feindschaft zwischen Preußen und Österreich,

deutsche und europäische Feindschaft; der Gedanke hörte aber nicht auf, in den Köpfen deutscher Patrioten zu fühlen, dass eine Vereinigung dieser beiden Mächte – eine Vereinigung aller Deutschen – stärker sein würde als das gesamte übrige Europa. Auch zwischen Frankreich und Preußen war [...] Feindschaft; die Allianz dieser beiden Fortschrittsstaaten aber eine Lieblingsidee der französischen Revolution. Ähnlich war Feindschaft zwischen Frankreich und Russland. Und die Idee war, dass eine Vereinigung dieser beiden Mächte nicht Europa allein, sondern Afrika und Asien beherrschen und das britische Imperium brechen könnte. [...] Zwischen allen diesen Mächten war Feindschaft, offener oder latenter Krieg; ein negatives Verhältnis, welches das politische Spiel beherrschte [...].“

Heute sind die genannten Mächte mit Ausnahme Russlands – und leider auch Englands – in der Europäischen Union friedlich vereinigt. Aber damals, 1814/15, galt es, die Rivalität der europäischen Mächte durch eine Wiederherstellung des Gleichgewichtes zu zügeln. Das war die Ambition des Wiener Kongresses.

Von der Freiheit der Völker war weder in Münster, Osnabrück noch in Wien die Rede. Aber die Menschen strebten immer mehr nach Freiheit. Die Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert, die Bemühungen um Freiheitsrechte machten deutlich: Die **Freiheit ist die Schwester des Friedens**. Nur Frieden und Freiheit zusammen können die Würde des Menschen verwirklichen. Dieses wurde zum Beispiel auf dem Hambacher Fest (1832) manifestiert, wo nicht nur Deutsche für Meinungs- und Pressefreiheit gegen die repressiven Karlsbader Beschlüsse (1819) der Fürsten, Könige und Kaiser protestierten. Polen, Franzosen und andere Nationalitäten traten mit Deutschen für die gleichen Überzeugungen ein. Der Freiheitsgedanke wurde europäisch.

So war es auch später, zum Beispiel 1848, als die Vertreter der Paulskirche eine deutsche freiheitliche Verfassung beschlossen und in Paris in der sogenannten Märzrevolution eine bürgerlich-liberale Ordnung angestrebt wurde. Wir wissen, dass dieser Wunsch nach Freiheit in Europa immer wieder scheiterte. Die Gründung des Deutschen Reichs nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870 bis 1871 und die Ausrufung des Preußenkönigs Wilhelm zum deutschen Kaiser ausgerechnet im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles geben Deutschland seine Einheit, verfestigen aber den deutsch-französischen Gegensatz.

Reichskanzler Otto von Bismarck, der diese Politik verantwortete, bekam im Deutschen Reich einen innenpolitischen Kontrahenten, der aus christlicher Verantwortung handelte: Ludwig Windthorst (1812-1891). Er wurde im heutigen Landkreis Osnabrück geboren. Er war klein von Gestalt, aber ein politischer Gigant. Golo Mann bezeichnet Ludwig Windthorst als den „genialsten Parlamentarier, den Deutschland je besaß“. Ludwig Windthorst vertrat Prinzipien, die heute Grundlage der EU sind: die Geltung des Rechts. Lassen wir diesen großen Zentrums-politiker selber sprechen: „Ich werde das Recht, das ich für die Katholiken und für die katholische Kirche und deren Diener in Anspruch nehme, jederzeit vertreten bei den Protestanten und nicht minder bei den Juden. Ich will eben das Recht für Alle.“

Aber zurück zum Weg der europäischen Geschichte: Der Diktatfriede von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg gibt der jungen deutschen Republik und Demokratie von Weimar keine Chance und ist ein Grund für die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933. Der Nationalsozialismus zog zunächst die deutsche Demokratie, dann die deutsche Nation und damit auch Europa in den Abgrund.

Sollte die europäische Geschichte sich nicht in immer schrecklicheren Ausdrucksformen wiederholen, so bedurfte es nach dem Zweiten Weltkrieg einer neuen Methode, eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu gestalten. Im Kern einer solchen Ordnung mussten im westlichen Europa nach 1945 notwendigerweise Frankreich und Deutschland, die Erzfeinde, stehen. Die Antwort kam aus Frankreich, es war ein historisches und politisches Wunder – bestand doch die bisherige historische Logik darin, dass Frankreich und Deutschland nach einem Krieg sich auf die nächste militärische Auseinandersetzung vorbereiteten.

Die bisherigen Versuche, durch Gleichgewicht zwischen den Nationen den Frieden dauerhaft zu sichern, waren in der Vergangenheit immer wieder gescheitert. Was es im Rückblick auf die europäische Geschichte zu gestalten galt, war „**eine Vereinigung der Interessen der europäischen Völker** und nicht einfach die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dieser Interessen“, wie es Jean Monnet, der Ideengeber dieser neuen Idee, formuliert hat. Jean Monnet war der Ansicht, das Problem der Souveränität müsse ohne Gedanken auf Revanche und Vorherrschaft angegangen werden. Sieger und Besiegte müssten übereinkommen, die Souveränität gemeinsam über einen Teil ihrer zusammengefassten Reichtümer auszu-

üben, um so ein Band zwischen ihnen zu schaffen, das den europäischen Völkern neue Möglichkeiten eröffnet.

Diese Reichtümer waren in erster Linie Kohle und Stahl, die Schlüssel für wirtschaftliche Macht wie auch für das Arsenal, in dem die Waffen für den Krieg geschmiedet wurden. So kam es Anfang der 50er-Jahre zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der Plan dafür wurde am 9. Mai 1950 durch Robert Schuman, den französischen Außenminister, der Öffentlichkeit vorgetragen. Seine Erklärung enthält den grundlegenden Satz: „Durch die Zusammenlegung der Basisproduktion und Einrichtung einer hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die sich anschließenden Länder verbindlich sind, werden die ersten konkreten Grundlagen einer europäischen Föderation geschaffen, die unerlässlich ist für die Wahrung des Friedens.“ Das Hauptwort war: „Frieden“.

Robert Schuman ist unbeirrt und zielstrebig seinen Weg gegangen. Er traf auf das Verständnis und den Weitblick anderer europäischer Staatsmänner, so Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi. Diese in ihrem christlichen Glauben verbundenen Politiker legten das Fundament für die Versöhnung Europas. Weitere Kriege sollten durch eine enge Verflechtung unmöglich werden. Bei ihren Ideen stand stets der Mensch im Mittelpunkt. „Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen“, erklärte Jean Monnet.

So wurde möglich, was für die ehemaligen Kriegsgegner lange Zeit unmöglich schien: Vergebung und Versöhnung. Kernelemente der christlichen Lehre. Dies ist auch unser Auftrag heute und für die Zukunft.

Robert Schuman wurde für seine Politik von Links- und Rechtsaußen – von Kommunisten und Nationalisten – massiv angegriffen. Er wurde als „boche“, eine abwertende Bezeichnung von Franzosen für Deutsche, diffamiert. Meine Interpretation ist, dass ihm sein christlicher Glaube die Kraft gab, diese ihn verletzenden Widerstände zu ertragen. Ich bin kein Befürworter von Selig- und Heiligsprechungen von Politikern. Konrad Adenauer würde es sicherlich für sich abgelehnt haben. Aber Robert Schuman war ein „politischer Heiliger“. Während meiner Amtszeit als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und Europäischer Demokraten (ED) besuchte mich einmal in meinem Arbeitszimmer in Brüssel Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl. Er entdeckte ein Bild von Robert Schuman und sagte: „Er war ein Priester.“

Robert Schuman ist ein Beispiel dafür, was Persönlichkeiten in der Politik bewirken können, in seinem Fall zum Guten, in der Gegenwart, bei Putin, zum Bösen. Je älter ich werde, umso mehr wird mir die Größe der Anstrengungen, die historische Leistung von Robert Schuman, bewusst, und auch von Konrad Adenauer, für den die Wiedervereinigung Deutschlands nur in Freiheit und Einheit mit den freien Völkern Europas vorstellbar war. Helmut Kohl formulierte es später so: „Die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas sind die zwei Seiten einer Medaille.“

Damals – 1950 – war nicht vorstellbar, dass die europäische Einigung die längste Friedensperiode der an der Einheit Europas beteiligten Staaten und Völker unseres Kontinents einleiten würde. Das Ziel, formuliert von Robert Schuman, wies den Weg. Der erste Satz seiner historischen Erklärung vom 9. Mai 1950 war ambitioniert und eindeutig: **„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“**

Die Geschichte der europäischen Einigung ist eine Entwicklung mit Höhen und Tiefen. 1954 scheiterte in Frankreich – wegen des Widerstands der Nationalisten und Kommunisten – die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG). Für Konrad Adenauer war dies die dunkelste Zeit seiner langen Kanzlerschaft. Aber er ließ sich nicht entmutigen. Es mussten Alternativen gefunden werden. Später entwickelte sich dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957) und mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union (1993). Heute ist der Vertrag von Lissabon, in Kraft getreten zusammen mit der Charta der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union am 1. Dezember 2009, die rechtliche und politische Grundlage der Europäischen Union, gleichsam das europäische Grundgesetz. So verwirklichte sich die Überzeugung Jean Monnets: „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen.“

In Art.1 der Charta der Grundrechte, die am 12. Dezember 2007 von den Präsidenten des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission im Europäischen Parlament in Straßburg unterschrieben wurde, heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, eine Formulierung, die unserem Grundgesetz entspricht. Diese Überzeugung leitet sich unmittelbar aus dem Christentum ab. Die Europäische Union ist auch nur dann eine glaubwürdige Wertegemeinschaft, wenn die Würde jedes einzelnen Menschen Maßstab für jede unserer Initiativen, Beschlüsse und Handlungen ist.

In der Präambel des Vertrags über die Europäische Union verpflichten sich die Staaten ausdrücklich auf die „**Grundsätze der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit**“, die sich aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas entwickelt haben. Sie drücken ihren Wunsch aus, die „Solidarität zwischen den Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Tradition zu stärken“.

Meine Damen und Herren: Einheit in Vielfalt ist die Grundlage der europäischen Einigung. Und die Würde des Menschen sowie die Geltung des Rechts sind ihr Wesenskern. Die Würde des Menschen und die Geltung des Rechts bedingen einander.

Die Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 war nicht nur ein national deutsches, sondern ein europäisches Ereignis. Der Freiheitswille unserer östlichen Nachbarn in Polen, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn – und natürlich unserer Landsleute in Ostdeutschland – war die Voraussetzung für die epochalen Veränderungen auf dem europäischen Kontinent in den 80er- und 90er-Jahren. Papst Johannes Paul II. und die katholische Arbeiterbewegung „Solidarność“ mit Lech Wałęsa hatten entscheidenden Anteil am Wandel zur Freiheit in Europa. Johannes Paul II. rief seinen Landsleuten zu: „Habt keine Angst, verändert die Welt, verändert **diese** Welt!“

Ohne Polens Beitrag wäre auch die Einheit Deutschlands in Freiheit nicht möglich geworden. Heute sind die genannten Länder mit uns friedlich in der Europäischen Union vereint. Daraus sollten wir auch den Mut und die Kraft schöpfen, dass unsere freiheitliche Ordnung, die Freiheit der Vielen, gegen autoritäre und totalitäre Staaten, also die Herrschaft der Wenigen, bestehen wird.

Welche sind die vorrangigen Herausforderungen für die Europäische Union heute und in der Zukunft?

- Von der Verteidigung der Ukraine als Priorität der Prioritäten der Europäischen Union und der freiheitlichen Demokratien war schon die Rede.

- Die Europäische Union kann nach Innen und Außen nur stark sein, wenn sie ihre Prinzipien entschlossen verteidigt. In der Europäischen Union leben wir friedlich zusammen, weil wir das Recht als Grundlage der Konfliktlösung respektieren. Wenn wir anfangen, das Recht opportunistisch zu biegen, dann ist die Europäische Einigung gefährdet. Wenn wir über Mehrheitsentscheidungen bei der europäischen Gesetzgebung im Ministerrat sprechen, dann ist das sehr viel mehr als nur ein theoretisches Entscheidungsprinzip. Mehrheitsentscheidung bedeutet – immer begleitet durch die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments –, dass wir als Europäer nach den Jahrhunderten der Kriege bereit sind, unsere Konflikte, die zwischen Staaten immer bestehen werden, friedlich zu lösen.

Jean-Claude Juncker hat einmal gesagt: „Alles muss justiziabel sein.“ Das hört sich technisch an, aber es ist fundamental wichtig. Im Kommunismus und im Nationalsozialismus hat man Menschen abgeholt und sie sind verschwunden, es hat keine Rechtsordnung gegeben. Leider ist das auch heute, beispielsweise in Russland und China, der Fall. Die Verteidigung des europäischen Rechts in der EU und ihren Mitgliedsstaaten ist von größter Bedeutung. Wenn es über die Geltung des europäischen Rechts Meinungsverschiedenheiten gibt, ist es Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg, darüber zu entscheiden. Seine Entscheidungen sind zu respektieren und müssen durchgesetzt werden.

- Meine Damen und Herren, nicht nur angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist ein wirksames Handeln der EU in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein vorrangiges Anliegen. Notwendig ist natürlich eine starke atlantische Partnerschaft, insbesondere mit den USA. Aber die Unwägbarkeiten der Entwicklung in den USA gebieten, dass wir Europäer größere Eigenverantwortung übernehmen. **Atlantisch bleiben, europäischer werden**, muss der Grundsatz sein. Eine europäische Verteidigungsunion muss ein prioritäres Anliegen der europäischen Politik werden. Dazu gehören auch Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Dabei ist von großer Bedeutung, dass Frankreich und Deutschland gemeinsame Lösungen finden. Frankreich und Deutschland dürfen die anderen Partner nicht dominieren, aber ohne deutsch-französischen Konsens wird es keine europäischen Lösungen geben.

- Eine der größten Herausforderungen für Deutschland und die gesamte Europäische Union ist die Migration. Vor allem auch deshalb, weil es Menschen betrifft und ihre Würde. Aber es geht dabei auch um die Begrenzungen unseres Handelns. Einfache Lösungen gibt es nicht. Trotzdem müssen wir einen Weg finden, eine Balance darin, einerseits verfolgten Menschen Hilfe zu ermöglichen, andererseits die europäische Gesellschaft nicht zu überfordern. Ich möchte unserem früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck zustimmen: „Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Die Freizügigkeit in der EU werden wir nur gewährleisten können – und sie ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung –, wenn es gelingt, die Außengrenzen der EU zu schützen. Dem Europäischen Parlament möchte ich meine Anerkennung aussprechen, dass es sich auf eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik – zusammen mit den Regierungen – geeinigt hat. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei, die Christdemokraten also, mit ihrem Vorsitzenden Manfred Weber war dabei von großer Bedeutung. Diese Entscheidung dokumentiert den Einfluss, die Macht des Europäischen Parlaments heute und die zentrale, ausschlaggebende Rolle der politischen Mitte, deren Kern die Europäische Volkspartei ist.

- Eine weitere große Herausforderung ist der Klimaschutz. Für eine Politik aus christlicher Verantwortung muss die Bewahrung der Schöpfung eine hohe Priorität haben. Ich bleibe dankbar dafür, dass ich am 23. April 2009 – zusammen mit dem tschechischen Ratsvertreter – die erste europäische Klimaschutzgesetzgebung im Europäischen Parlament unterschreiben konnte. Sie bedeutete: Bis 2020 Reduzierung von CO₂ um 20 Prozent, Erhöhung Neuer Energien um 20 Prozent und Verbesserung der Energieeffizienz ebenfalls um 20 Prozent.

Wir als Europäische Union konnten und können immer auch ein wenig stolz darauf sein, dass die EU beim Klimaschutz die Führung in der Welt übernommen hat. Dieser Weg war und ist richtig. Aber mein Eindruck heute ist, dass beim sogenannten „Green Deal“ nicht immer die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, berücksichtigt wird und wir die Wirtschaft überfordern. Die Länder der Europäischen Union sind für 14 Prozent des CO₂-Ausstoßes weltweit

verantwortlich. Wenn die EU den CO₂-Ausstoß auf „Null“ reduziert, andere Länder wie China, Russland, Indien, USA aber keine vergleichbaren Anstrengungen unternehmen, ist nichts gewonnen. Wir würden unsere Wettbewerbsfähigkeit verspielen und dabei auch unsere soziale Ordnung gefährden. Bei der unbestreitbaren Bedeutung Erneuerbarer Energien – so zum Beispiel Windkraft und Solarenergie – sollten wir offen sein für die neuen technologischen Entwicklungen der Kernenergie, aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch, damit Deutschland und die Europäische Union die Zukunftstechnologien nicht China und anderen überlassen. Wir müssen wegkommen von einer Politik des „Entweder/Oder“, von einer „Verbots- und vermeintlichen Beglückungspolitik“. Sondern wir sollten auch auf die Fähigkeiten der Menschen vertrauen, auf neue technologische Entwicklungen, die in der Vergangenheit möglich waren und in der Zukunft möglich sein werden. In der Klimaschutz- und Umweltpolitik ist eine Balance notwendig – ein Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie. Auch da sollten wir vom heiligen Benedikt lernen. Wir sollten uns immer an „Maß und Mitte“ orientieren.

Die europäische Gesetzgebung wird oft zu Unrecht, aber auch manchmal zu Recht kritisiert. Bei beabsichtigter europäischer Gesetzgebung sollten folgende Fragen gestellt werden: Dient diese Gesetzgebung den Menschen und der Umwelt? Ist sie unter Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität notwendig? Stärkt oder schwächt sie unsere Wettbewerbsfähigkeit? Reduziert sie Bürokratie und Kosten? Nur wenn diese Fragen positiv beantwortet werden können, sollte der europäische Gesetzgeber tätig werden. Oft ist weniger mehr.

Bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 hatte das Europäische Parlament keinerlei gesetzgebende Befugnisse. Heute ist es – mit wenigen Ausnahmen – gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Ministerrat als Vertreter der Regierungen. Das Europäische Parlament ist heute mächtig und einflussreich. Es ist nicht nur von großer Bedeutung für den Inhalt europäischer Gesetzgebung, sondern es sollte sich auch immer fragen, in welchen Bereichen eine europäische Gesetzgebung notwendig und wo sie entbehrlich ist. Ein einheitliches Handeln in der EU und der Grundsatz der Subsidiarität müssen stets gegeneinander abgewogen werden. Keine andere Institution der Europäischen Union ist dafür besser geeignet als das Europäische Parlament als die einzige Institution der EU, die von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt wird und diese vertritt.

Lassen Sie mich abschließend eine andere Herausforderung – es gäbe darüber hinaus noch viele – für die EU ansprechen. Wir leben in einer schwierigen Nachbarschaft – nach Osten und nach Süden. Viele Länder wollen der Europäischen Union beitreten. Das sollten wir zunächst als Kompliment empfinden. Aber die EU muss durch die Aufnahme neuer Länder stärker, sie darf dadurch nicht schwächer werden. Die Ukraine (nach Kriegsende), Moldawien, Georgien, vielleicht auch Armenien, und die Länder des Balkans, wo der Einfluss Russlands, Chinas und teilweise auch der Türkei stark ist, streben in die EU. Im Prinzip müssen wir wegen der geopolitischen Bedeutung dieser Länder dafür offen sein. Aber es ist ein Prozess. Die beitragswilligen Länder müssen sich unseren Werten öffnen, und die Europäische Union muss beitragsfähig sein, besonders was die Reform der Einstimmigkeit im Ministerrat in der Außenpolitik betrifft. Serbien ist ein problematischer Fall, weil es zwischen Russland und der EU jongliert. Auf keinen Fall darf die Aufnahme neuer Mitglieder dazu führen, dass wir „trojanische Pferde“, Vasallen Moskaus, solange Putin regiert, in die EU aufnehmen.

Die Solidarität zwischen den Ländern der Europäischen Union ist ein hoher Wert. Kein Land, kein Volk der Europäischen Union darf mit seinen großen Problemen alleingelassen werden. Dies schließt für jedes Land der EU übertriebenen nationalen Egoismus aus. Wer nur den vermeintlichen Interessen seines eigenen Landes dient, wird am Ende auch diese verspielen, weil er die Solidarität mit den Partnern zerstört, die zur Verteidigung der eigenen Interessen notwendig ist.

In Russland leben etwa 140 Millionen Menschen, in den USA 340 Millionen, in der EU 450 Millionen. Wir haben allen Anlass, an uns selbst, an Europa, zu glauben – wegen unserer Werte, unserer Wirtschaftskraft und unserer Möglichkeiten. Die Europäische Union gründet sich auf die Würde des Menschen, auf Freiheit und Frieden, Demokratie sowie die Herrschaft des Rechts. Das Recht hat die Macht, und nicht die Macht diktiert das Recht. So sichert das Recht den Frieden.

Gerade angesichts des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wir uns heute erneut zu unseren Werten bekennen und bereit sein, diese entschlossen zu verteidigen. Dabei sollten wir uns immer unserer politischen Identität bewusst sein: Heimat, Vaterland, Europa, Verantwortung für die Welt gehören zusammen. Wer nur seine Heimat sieht, wird sie nicht schützen.

Wer das eigene Land über alle anderen Länder stellt, wird zum Nationalisten, und Nationalismus führt zum Krieg. Wer nur als Europäer empfindet, hat keine Wurzeln. Möge uns diese Balance – ganz benediktinisch – immer gelingen, und bleiben wir dafür engagiert. Dann haben wir auch als Christen Anlass zu Hoffnung und Zuversicht. Dies ist mein Wunsch für Sie und uns alle.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

ist Präsident des Europäischen Parlaments a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums des Hauses der
Europäischen Geschichte, Brüssel, und
Beauftragter für Europäische Angelegenheiten
der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Werner Weidenfeld

DER GEIST VON MESSINA: EUROPA MUSS HANDLUNGSFÄHIGER WERDEN

Sehr verehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung. Ich wurde gebeten, vorab ein paar persönliche Bemerkungen zu machen. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Gewissermaßen unterschwellig, verschwiegen, ist festzustellen, dass ich bisher auf deren Wunsch vier bedeutende Kanzler beraten habe und drei amerikanische Präsidenten. Insofern ist mein Leben recht intensiv und arbeitsreich. Und das hat durchaus auch was mit Benediktinern zu tun: Als Schuljunge, mein Kopf ging leicht über die Tischkante, also so groß war ich, sagte meine Mutter beim Frühstück: „Eigentlich können wir ja stolz sein. Unser Onkel hat den Adenauer vor den Nazis versteckt und der ist dann erster Bundeskanzler geworden.“ Mehr sagte sie nicht. Ich ging zu meinen Lehrern und sagte: „Meine Familie hat mir es so erzählt. Wieso soll ich jetzt stolz sein?“ Daraufhin haben mir die Lehrer die ganze Mordmaschinerie des Dritten Reiches in brutalster Form vorgeführt. Ich war zutiefst geschockt als Schuljunge und sagte mir, damit ist die Sinnfrage meines Lebens beantwortet. Ich muss verhindern, dass sich so etwas wiederholt. Und dann habe ich, jung wie ich war, intensiv darüber nachgedacht, was ich tun muss. Soll ich Pfarrer oder Politiker werden? Ich kam zu dem Ergebnis, man muss die Rahmenbedingungen der politischen Kultur beeinflussen.

Wie mache ich das? Ich wurde der jüngste deutsche Professor. Mit 27 Jahren bekam ich meinen Lehrstuhl in der Politikwissenschaft und habe mich dort habilitiert mit einer großen Arbeit über Konrad Adenauer. Mein Buch damals: Konrad Adenauer und Europa. Der Punkt war: Bei Adenauer hat mich beeindruckt, wie er Politik gemacht hat. Ich habe das dadurch mitbekommen, weil mein akademischer Lehrer sagte: „Sie müssen sich so schnell wie möglich habilitieren. Sie haben mir doch von Adenauer erzählt. Machen Sie eine Adenauer-Arbeit.“ Bis zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Adenauer-Literatur. Am nächsten Tag klingelte das Telefon: „Hier der Sohn von Adenauer. Wir haben gehört, Sie wollen ein Buch über Adenauer schreiben. Wir haben folgendes Angebot. Wir müssen das Haus von Adenauer in Rhöndorf einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Wir müssen mehr Besucherführer einstellen und brauchen dafür einen Chef. Wir dachten, das könnten Sie doch machen. Bezahlen können wir Ihnen nichts dafür. Unsere Gegenleistung ist, Sie können das gesamte persönliche Archiv von Konrad Adenauer auswerten für Ihr Buch.“

Adenauer hat alles – wie Trump –, was er für relevant hielt, mit nach Hause genommen. Und selbst bei Zeitungsartikeln, die ihm unangenehm waren, hat er den Stempel „geheim“ draufgesetzt. Das war für mich hochinteressant, weil noch seine alte Mannschaft da war: sein Fahrer und seine Haushälterin, die für mich gekocht hat. Es war, als würde er noch dabei sein. Das hat mich natürlich beeindruckt. Golo Mann hat in seiner Biografie über Adenauer geschrieben: Er war der Großvater der Fuchse. Wieso eigentlich? Ja, wieso ist er Kanzler geworden? Weil er Großvater der Fuchse war. Er hat sich – er war vorher Oberbürgermeister in Köln – nach dem Zweiten Weltkrieg engagiert, obwohl er schon relativ alt war. Er ist Kanzler mit 73 Jahren geworden. Wenn irgendwas war und gefragt wurde, wer denn hier der Vorsitzende ist, hat er immer ausgerufen: „Wer ist denn hier der Älteste im Raum?“ Und er war immer der Älteste. Also wurde er überall Vorsitzender und so wurde er Präsident des Parlamentarischen Rates.

Wozu ist Bonn Hauptstadt geworden? Adenauer wohnte in Rhöndorf, da wollte er doch nicht nach Hamburg oder Frankfurt oder überall hinfahren, sondern über den Rhein mal nach Bonn, und so wurde Bonn die Hauptstadt. Die erste Wahl fand 1949 statt. Seine Partei gab es als Bundespartei noch nicht, sondern nur als Landesverbände. Tja, und wer hat 1949 hauchdünn gewonnen und wird jetzt der Kandidat für dieses Amt des

Bundeskanzlers? Adenauer lud alle Landesvorsitzenden zu sich nach Rhöndorf ein und sie kamen auch alle, weil es jetzt um die Schlüssel-Machtfrage ging. Daraufhin hat er gesagt: „Wissen Sie, wir müssen jetzt überlegen, wer wird hier aus diesem Kreis der Kanzlerkandidat im Parlament? Vielleicht wird ja derjenige zum Kanzler gewählt. Und wissen Sie, ich war heute früh bei meinem Hausarzt, dem Dr. Martini, und habe gefragt: Kann jemand in einem so hohen Alter wie ich überhaupt Kanzler machen? Dann hat er gesagt, das hätten Sie mir vorher sagen müssen, dann muss ich Sie jetzt nochmal untersuchen. Hat er gemacht und dann gesagt: ja das geht. Aber nur für ein Jahr.“ Daraufhin haben alle für ihn gestimmt, weil keiner wusste, wer die Mehrheit bekommt. In einem Jahr kann man das geklärt haben, aber nicht heute. Also haben alle für ihn gestimmt, er ist dann 14 Jahre lang geblieben. Das kann man sich alles so gut unter „Großvater der Füchse“ vorstellen.

Eine andere Sache persönlichen Erlebnisses ist mir beim Zuhören durch den Kopf gegangen. Es gibt in der Politik auch immer wieder Situationen, wo man sagt: „Boah“. Vorhin sind ja große Fragen gestellt worden, zum Beispiel, wie kann man die Kriegsproblematik überwinden. So etwas gibt es ja immer wieder und meine Beobachtung zeigt mir, es klappt immer mal wieder, aber nicht immer. Ich will eine Erfolgsgeschichte nennen, bei der ich intensivst dabei war, wo es zunächst nicht geklappt hat, nämlich beim Thema Mauerfall und Deutsche Einheit.

Ich hatte die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, dass jetzt in Bezug auf Deutschland etwas passieren könne, denn der Gorbatschow lud immer ein paar Intellektuelle ein – ich gehörte dazu – und hat so vorgeführt, was ihm neu durch den Kopf geht. Und er war kein konzeptioneller Aufbruchsmann, sondern prägte Begriffe wie Glasnost und Perestroika. Und in den Runden hat er irgendeinen Begriff mal so fallen lassen und geguckt, wie wir reagieren. Wenn wir gelangweilt weggeguckt haben, verschwand der Begriff. Wenn wir gesagt haben „oh“, war der Begriff das nächste Schlüsselwort. Und in diesem Kreis berichtete er 1988: „Wir, die kommunistische Partei, geben das Monopol auf Wahrheit auf.“ Daraufhin habe ich ein Papier geschrieben an die Bundesregierung. Wenn ein Monopol auf Wahrheit aufgegeben wird, verlieren sie auch das Monopol der Macht. Da muss man sich trauen. Dann fiel die Mauer, ich war mit Kanzler Kohl an dem Abend in Warschau. Ich habe dort gesagt: „Man hört, es ist irgendwas los in Berlin.“ Dann sagten sie: „Ja, haben wir auch gehört, der Bundestag hat am Ende der Sitzung heute die Nationalhymne gesungen.“

Wir glauben, sie hatten mal wieder einen über den Durst getrunken“. Das war also die Erfahrung Mauerfall.

Anschließend gehörte ich dem Krisenstab des Kanzleramtes an, der sich damit beschäftigen sollte. Wir haben uns aber nur unterhalten, ob der eine oder der andere noch reisen darf, also über keine großen Aufbruchsfragen. Das war nicht das Thema, sondern klein, klein. Dann haben wir gesagt, der Kanzler muss doch auch mal in einen Ort in die DDR reisen. Er darf das doch nicht einfach Mitterrand oder anderen überlassen. Aber aus Berlin geht es natürlich nicht wegen des Viermächtestatus. Wir haben ihn sehr bedrängt, dass er da hinreisen muss. Und dann wurde daraus am 19. Dezember 1989 die Reise nach Dresden.

Im Vorfeld haben wir gesagt: „Ja, wenn da wie bei Brandt in Erfurt ein paar Leute zusammenlaufen zum Willkommen, also wenn das 400 sind, dann muss er auch eine Rede halten. Da brauchen wir ein Mikrofon.“ Wir haben in der Woche davor undercover ein Mikrofon und Lautsprecher besorgt. Er ist also nach Dresden, und als er vom Flughafen in die Innenstadt fuhr, bekamen es alle mit, es waren 125.000 Leute in Dresden auf der Straße. Dann rief Kohl aus: „De Bärn is g'schält.“

Und von da an Fulltime Deutsche Einheit, nicht gleich am Abend des Mauerfalls, aber ein paar Wochen später. Also das kann alles so passieren. Eine Schlussbemerkung dieser Art noch. Der Kanzler Kohl war beunruhigt, als die Grünen gegründet wurden, dass das alles so ein bisschen in Bewegung gerät, und er rief bei mir an, ob mir nicht irgendwie etwas einfällt, wie die große bürgerliche Mitte die Lage stabil in die Zukunft projizieren kann. „Haben Sie nicht irgendeinen Slogan?“ Da habe ich ihm zwei Slogans geliefert: „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ und der zweite war „Die Zukunft bewahren“. Das war hoch erfolgreich. Die evangelische Kirche hat es zum Motto ihres Kirchentags gemacht. Also wenn man ein bisschen Glück hat, kann man durchaus konzeptionell etwas liefern. Also so viel zur persönlichen Note.

Nun komme ich also zur Sache selbst.

Wer gewissermaßen diese großen Herausforderungen Europas thematisiert, der bekommt sofort den Blick auf die großen Schlagzeilen der vergangenen Monate dazu. Etwa: „Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ Oder: „Das Haus Europa brennt.“ Um da mal etwas gegenzusteuern,

haben etliche Staatspräsidenten eine gemeinsame Erklärung abgegeben, nämlich: „Europa ist die schönste Idee, die wir jemals hatten.“ Aber trotzdem blieb der markante Ausruf „die Welt ist aus den Fugen geraten“ eigentlich sehr präsent.

Und entsprechend geht das mit den Stimmungslagen weiter, das vibriert hin und her. Die Schlüsselfrage ist: Wie kommt Europa gewissermaßen aus der Krise heraus? Dann kommt der Hinweis: Jetzt ist erst mal Krieg zu behandeln, Migration und all solche Dinge, Klimawandel ... damit ist man voll ausgelastet. Wie ist das Interesse an der nächsten Europawahl? Dazu gibt es reiches Datenmaterial. Als es besonders dringlich wurde, rief der Kanzler aus: Zeitenwende! Viele riefen: Und wohin? Das ist bis jetzt noch nicht geklärt.

Man versucht – das macht auch Macron – Antworten zu finden auf das Wohin nach der Zeitenwende. Aber das Problem ist, die Politik bleibt an vielen Punkten im situativen Krisenmanagement stehen. Und das vor einem Hintergrund, wo man sagen kann: Na gut, Europa kennt den Geist der Bergpredigt genauso gut wie das Wörterbuch des Unmenschen.

Welche Erfahrungen kann man eventuell einspeisen bei der Beantwortung, die als Überschrift über meinem Vortrag steht? Ich will ein paar Aspekte nennen und es danach systematisieren. Ein paar, einfach mal locker gegriffene Aspekte:

Der erste ist, was vorher schon mal kurz angesprochen wurde, der erste große Erfolgsschritt: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das war damals ja gewissermaßen auch im Bild wie Kriegswirtschaften. Das muss vergemeinschaftet werden. Und danach aber weiter mit Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVP), Europäische Politische Gemeinschaft (EPG). Im Vertrag – den die sechs ja unterzeichnet hatten – waren sie weiter, als wir heute sind: Die Europäische Armee war gegründet, Europäischer Verteidigungsminister und so weiter und so fort.

Überlegen Sie sich mal, 1953/54 waren sie weiter, als wir heute sind. Das ist schon eine kräftige Geschichte. Dann am 30. August 1954 scheidet das, weil einige Stimmen der französischen Nationalversammlung fehlten. Damit waren die Verträge gescheitert. An dem Abend kommt der amtierende deutsche Außenminister Walter Hallstein zum Bundeskanzler und berichtet. Daraufhin sagt Adenauer: „Auf gar keinen Fall jetzt traurig

in den Sessel setzen, sondern sofort eine neue Initiative ergreifen. Zu neuen Themen sofort aufbrechen. Laden Sie die anderen Außenminister ein, sofort aufbrechen.“ Das hat Hallstein gemacht. Es ist ja dann zur sogenannten Konferenz von Messina gekommen auf Sizilien. Deshalb gehört zur Standard-Rhetorik dazu: Wir brauchen den neuen Geist von Messina.

Der Ausgangspunkt ist damals: Geist von Messina. Und das war der Startpunkt zu den Römischen Verträgen, EWG und Euratom. Und danach, als man noch größer im Schwung war, kam der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag. Dann sagten Adenauer und de Gaulle: Wenn sie das jetzt nicht machen, machen wir das halt zu Zweit. Also entstand 1963 der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag. Das ist eine Erfahrung, wie man gewissermaßen in herausfordernden Lagen vorangehen kann. Das ist der Geist von Messina.

Eine zweite Erfahrung von mir, wo ich bei Gesprächen auch dabei war: Eurosklerose. Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre, erster drastischer Niedergang der Wirtschaft in Europa. Ja, wie bezeichnen wir diese katastrophale Wirtschaftskrise? Eurosklerose. Europa ist unheilbar krank, das war der Begriff, und wer überleben will, der soll auswandern nach Asien, was auch viele gemacht haben. Es gab damals durchaus eine Abwanderung nach Asien. Jetzt ist das für mich ein Modell. Wie kann in Krisenzeiten erfolgreich eine Rettung vorgenommen werden?

Zunächst: Es gab zwei führungsbereite Spitzenpolitiker, einer war Mitterrand und der andere Kohl. Sie setzten sich zusammen – ich konnte einige Male dabei sein – und haben überlegt, wie man jetzt Europa retten kann. Wir können doch nicht warten, bis alles untergegangen ist, und einfach alles laufen lassen.

Ich sag das alles vor dem Hintergrund, dass wir überlegen sollten, was wir heute tun können. Dann sagten sie: „Wir brauchen einen strategischen Kopf.“ Und sie schauten sich um. Sie fanden ihn in Jacques Delors, das war der strategische Kopf. Er war damals durchaus populär, war Finanzminister in Frankreich. Er überlegte ständig, wie denn die Strategien jetzt aussehen, die wir brauchen. Dann sagten sie: „Also, mach uns eine Strategie, führe sie uns vor und wenn sie uns überzeugt, machen wir Dich zum Kommissionspräsidenten, dann kannst Du an der Umsetzung als Schlüsselfigur mitwirken.“ Daraufhin sagte Delors: „Ja, das mache ich, aber darüber muss ich erst ein paar Monate nachdenken.“ Und er verschwand aus der

Öffentlichkeit für ein paar Monate, kam zurück und sagte: „Ja, ich habe die Lösung. Wir brauchen für Europa identitätsstiftende Herausforderungen, die die Menschen begeistern und wo sie zupacken. Ich habe zwei solche Herausforderungen gefunden, die man präsentieren kann, wenn man will. Aber wir haben nur die Kraft für eine. Eine ist, die Sicherheit völlig neu organisieren, und die andere ist die Binnenmarktvollendung mit dem politischen Rahmen dazu.“ Dann sagten sie: „Mache die Binnenmarktvollendung und führe uns genau vor, was gemacht werden muss.“ Delors kam wieder und sagte: „282 Gesetze müssen verändert oder neu kreiert werden. Dafür benötigt man sechs Jahre.“ So wurde es gemacht und es führte zum entsprechenden Erfolg.

Wenn man sich die verschiedenen Krisen in den Jahrzehnten anschaut, gab es immer ähnliche Abfolgen von Stufen. Da ist also eine Krise, dann kommt ein entsprechender politischer Druck, daraus wird ein Lerneffekt und später kommt eine Lösung. Also solche Stufen haben wir in allen Krisenerscheinungen und da müssen wir jetzt überlegen: Was ist eigentlich heute so besonders und wie kann man entsprechend herangehen? Man darf diesen Erfahrungsschatz nicht einfach wegräumen, sondern muss versuchen, etwas Sinnvolles abzuleiten.

Was jetzt besonders spezifisch und schwierig ist: Wir haben gleichzeitig eine Fülle von Strukturproblemen. Diverse Kriege, Hightech-Herausforderungen, Digitalisierung, Globalisierung, Cyberkriege, Energieprobleme und so weiter und so fort. Eine Fülle von gleichzeitigen strukturellen Krisenerscheinungen – ich würde das einfach mal zusammenfassen unter dem Überbegriff: Zeitalter der Komplexität. Gleichzeitig haben wir Kulturprobleme. Wir haben große Orientierungsdefizite. Über 80 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sagen und geben zu, dass sie das alles nicht verstehen, was da abläuft in dieser Komplexität. Sie sagen: „Deshalb haben wir Angst.“ Das macht die Lage entsprechend aus. Ich nenne das: Zeitalter der Konfusion. Wir haben also parallel zeitgleich ein Zeitalter der Komplexität und ein Zeitalter der Konfusion. Das wird unterfüttert von einem Befund, den ich nenne: strategische Sprachlosigkeit mit Blick auf diese beiden großen Herausforderungen. Das ist der Punkt und deshalb können Sie jetzt wieder in Schlagzeilen der niveauvollen Medien lesen: Es braucht dringend eine Strategie. So stand es dieser Tage wieder in der „Zeit“. Das ist also die Grundproblematik, auf die wir nun eine Antwort geben und herausarbeiten müssen, jeder von uns. Wie können die Schlüsselemente dieser Zukunftsstrategie aussehen?

Der erste Ausruf ist natürlich: Europa muss handlungsfähiger werden. Zwei Megathemen zählen zu dieser Frage der Handlungsfähigkeit. Das eine ist: Der politische Entscheidungsrahmen muss ausgestaltet werden, beispielsweise der weitere Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion. Damals, als der Vertrag im Bundestag debattiert wurde, hat Kanzler Kohl dort ausgerufen: „Wer denkt, wir können so etwas machen ohne einen ganz starken politischen Rahmen, dem rufe ich zu: ‚das ist abwegig‘ – unter Beifall aller Fraktionen.“ Aber es ist dann ohne diesen Rahmen entsprechend gekommen.

Das zweite Element, das eine Rolle spielt, nämlich Ausbau der Sicherheit und Veränderung der Organisation, ist durch ständige strukturierte Zusammenarbeit jetzt eher möglich. Da ist einiges in Bewegung gekommen. Vor einiger Zeit hat die italienische Ministerpräsidentin Frau Mogherini ausgerufen: „Wir haben in den letzten zehn Monaten in Sachen Sicherheitspolitik mehr bewegt als in den letzten zehn Jahren.“ Da hatte sie noch mit eingebaut, dass Großbritannien in der EU war, die ja immer mit Nein gestimmt haben. Also man kann sich durchaus bewegen.

Dann kommen drei Problemkategorien hinzu, die wir weiter abklären müssen. Die erste heißt Legitimation. Also so gut die Arbeit des Europäischen Parlaments ist, sie ist noch nicht der Raum der öffentlichen Selbstwahrnehmung Europas. Bei der Frage, die vorhin gestellt wurde, „was bedeutet Europa?“, hätte man doch leicht sagen können: „Guck doch einfach zum Europäischen Parlament, da ist doch alles geklärt.“ Macht man nicht und so ist es noch nicht.

Das Initiativrecht des Europäischen Parlaments: Wie ruhig wir das hinnehmen, dass es immer noch kein wirkliches Initiativrecht hat. Und dann gibt es andere Institutionen, die eben auch Europa irgendwie mit bedenken wie nationale Parlamente, Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen. Viele tausend Menschen wurden gebeten, doch mitzumachen. Jetzt sind wir aber abgelenkt durch die anderen Themen. Was kommt eben jetzt raus? Ich habe das als ein großes Thema in meinem Seminar an der Ludwig-Maximilians-Universität, da können sich die Studenten abarbeiten, was aus diesen vielen tausend Anregungen vernünftig werden kann.

Zweites Stichwort ist Transparenz. Also, für unseren Vorsitzenden ist Europa natürlich sehr transparent, aber für uns harmlose Europäer?

Wer hat den Mut zu sagen, es ist doch alles transparent? Ich möchte ein Beispiel nennen, das mich fast amüsiert hat, als damals der Verfassungsvertrag gescheitert war, aber die Beteiligten sagten: Wir müssen so was Vergleichbares machen. Damals haben sich Sarkozy und Merkel bei uns gemeldet am Centrum für angewandte Politikforschung – getrennt, nicht gemeinsam – und haben gesagt: „Können Sie nicht mal einen Vertragsentwurf machen, was wir jetzt stattdessen, nachdem das gescheitert ist, als einen handfesten Vertrag verabschieden können.“ Das haben wir gemacht. Wir haben beiden getrennt einen Vertragsentwurf geschickt, 40 Seiten. Und das haben sie in ihrer ersten Sitzung lebhaft begrüßt. In ihren Reden wollten beide einen Vertrag von ca. 40 Seiten. Was kam raus? Ein Vertrag von 416 Seiten. Da ist weniger Transparenz gegeben als bei 40 Seiten. So läuft das in Europa. Also Transparenz brauchen wir.

Dritter Punkt: Führungsstruktur klären. Wer hat die Führung in diesem komplexen System? Ein interessantes Beispiel: 2012 gingen die deutschen Medien davon aus, dass in diesem Jahr ein deutscher Politiker den Friedensnobelpreis bekommen würde. Sie luden mich ein ins Studio, um, wenn das verkündet wird, sofort – ohne Pause dazwischen – kommentieren zu können. Ich sagte nein, nein, das ist ein Irrtum, das wird nicht so sein. Sie meinten, doch, und sie baten mich, also ging ich hin. Die Tür geht auf, das Friedensnobelpreis-Komitee kommt und sagt: „Wir verleihen den Friedensnobelpreis der Europäischen Union.“ Die Journalisten, die rechts und links von mir standen, zitterten schon und fragten: „Ja wer nimmt den jetzt entgegen?“ Ich meinte: „Sie werden ja sehen, wie das jetzt läuft.“ Heute würden mindestens drei, vier Leute sagen: „Sehr wichtiger Beschluss, ich bin gerne bereit, ihn entgegenzunehmen.“ So war das auch. Europäisches Parlament, Kommission, Rat und so: Ich bin bereit. Und dann werden sie sich natürlich streiten, wer den Preis jetzt wirklich entgegennehmen darf. In drei bis vier Tagen werden sie sagen: Also wir haben das geregelt, wir nehmen ihn gemeinsam entgegen. So kam es auch. Hinter den Kulissen wurde bis zur letzten Sekunde gestritten, wer denn als erster die Hand drauflegen kann. Das bedeutet: Führungsstruktur entsprechend klären.

Und ich möchte bei den Versuchen, Antworten zu finden, Sie darauf aufmerksam machen: Vieles wird einfach abgebogen, indem gesagt wird: „Das geht ja gar nicht, denn da gibt es ja gar keine Mehrheit für einen neuen Vertrag.“ Dabei wird übersehen, dass etliche wichtige Initiativen

nicht einfach über neue Verträge gekommen sind. Also ich nenne mal ein paar Beispiele. 1970 Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), das war eine politische Vereinbarung, kein neuer Vertrag. Dieser kam erst später. Also wurde etwas sehr Handfestes ohne einen neuen Vertrag gemacht. Ein weiteres Beispiel: Der Schengen-Vertrag ist ein Vertrag, der zuerst jenseits der existierenden Verträge stand. Also auch so etwas kann man machen. Und das würde ich eben heute auch in Erinnerung rufen. Etwa das Europäische Semester, das sind politische Abklärungen in der Wirtschaft, Sozialpolitik und so weiter.

Dann muss man zusätzlich überlegen, wie bringt man dieses Europa unter in der künftigen Weltordnung? Es verändert sich ja alles. Diese Weltordnung mit China, Indien, Brasilien, Amerika. Und welchen Platz hat dann Europa? Also das muss bei dieser Strategie-Agenda alles eingebaut und weiter geklärt werden. Und dabei müssen wir auch mal ein interessantes Phänomen klären. Seit einiger Zeit sagt der französische Präsident: „Was wir da brauchen, ist europäische Souveränität in der Außen- und Sicherheitspolitik.“ Das ist doch hochinteressant als Herausforderung. Also fange ich an, das entsprechend abzuklären. Dazu brauche ich, wenn man so will, einen Strategie-Zirkel. Also nehmen wir doch – und sei es aus dem deutsch-französischen Feld – die Schlüsselköpfe der Strategie zusammen, dass sie diese europäische Souveränität entsprechend aus-definieren. Also, insofern gibt es überall Wege, die man entsprechend ergreifen kann.

Abschließend will ich dazu mal einen Klassiker nennen, der sich über solche Fragen auch früher schon mal Gedanken gemacht hat: Joseph Nye, der berühmte Professor in Harvard. Er hat vor 30 Jahren einen höchst erfolgreichen Weltbestseller publiziert über die Macht und hat dort dargelegt, dass es verschiedene Kategorien von Macht gibt. Die eine Kategorie nennt er Hardpower. Also jemand, der über Waffen verfügt, über Finanzinstrumente. Es gibt eine zweite Kategorie, die nennt er Softpower. Die kulturelle Ausstrahlung, also vieles, das vorher schon genannt wurde, kulturelle Elemente. Das war über die Jahrzehnte der Bestseller, ein Standardwerk sozusagen. Studenten mussten damit lernen. Jetzt hat er vor zwei Jahren ein neues Buch veröffentlicht mit dem Titel „Macht im 21. Jahrhundert“ und dort schreibt er, es gibt eine dritte Kategorie von Macht und die ist im Prinzip die entscheidende. Es gibt natürlich heute Hardpower, Softpower und dann gibt es aber eine entscheidende dritte Kategorie, die nennt er Smartpower.

Nämlich derjenige, der diese komplexe Lage deuten und erklären kann, hat die Macht. Diesen Rat will ich hier weitergeben. Entwickeln Sie bei der Arbeit Smartpower und dann kann alles besser werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung
und Professor für Politische Wissenschaft
an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Weiterführende Literatur

Weidenfeld, Werner: Die Europäische Union, Paderborn, 6. Aufl., 2021.

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2023, Baden-Baden 2023.

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang / Tekin, Funda (Hrsg.): Europa von A bis Z, Wiesbaden, 16. Aufl., 2023.

Teil 2

IMPULSVORTRÄGE

Markus Ferber

ERÖFFNUNGSREDE DER EUROPATAGUNG

Sehr verehrte Damen und Herren,

unsere Tagung steht unter dem Titel „Das Haus Europa gemeinsam weiterbauen“. Wir wollen an diesem Wochenende mit den Augen eines Baumeisters auf die Europäische Union blicken und erörtern, was es bei so einem vielschichtigen und wertstiftenden Projekt zu beachten gilt.

Den Bau dieses Hauses habe ich bereits als junger Europaabgeordneter in verschiedenen Phasen miterlebt und darf heute in meinen beiden Rollen, auch als Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, betonen, wie wichtig und aktuell unser Verständnis der Sicherung von Frieden, Demokratie und Entwicklung für ein lebenswertes, sicheres und starkes Europa ist.

Um unser Haus Europa gemeinsam weiterzubauen, müssen wir uns erst einmal anschauen, auf welchem Fundament dieses Haus steht, und sicherstellen, dass es auch zukünftig trägt. Unsere europäischen Werte sind der wesentliche Bestandteil dieses Fundaments. So gesehen wird man feststellen dürfen, dass unser Haus – mittlerweile 27-stöckig – im Großen und Ganzen fest im Boden verankert ist.

Aber an manchen Stellen muss auf Wetterfestigkeit geprüft und nachgebessert werden: zum einen aufgrund äußeren Drucks – zum Beispiel durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Zum anderen ist das Wertefundament im Inneren an manchen Stellen spröde geworden, denn in einigen Teilen Europas fordern autoritäre und extremistische Kräfte die Demokratie heraus.

Aus beiden Gründen – dem äußeren Druck und dem inneren Renovierungsbedarf – gilt es, das Fundament des Hauses Europa immer wieder zu stabilisieren oder auch zu erneuern. Das ist das Ziel des ersten Teils unserer Tagung, bei dem wir nach der Bedeutung der christlichen Werte auf Basis unserer Historie und für das heutige Europa fragen.

An dieser Stelle begrüße ich sehr herzlich Professor Dr. Hans-Gert Pötering, den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, der die Festansprache mit dem Titel „Die Einigung Europas: Aus christlicher Verantwortung“ halten wird.

Ist das Fundament geprüft, dann gilt unsere Aufmerksamkeit dem Teil des Hauses Europa, der schon dasteht und in dem wir uns wohnlich eingerichtet haben. Sie werden es wahrscheinlich kennen: Wenn man lange in einem Haus lebt, sind in regelmäßigen Abständen Renovierungen, Modernisierungen oder gar Sanierungen notwendig.

Grund genug, um im zweiten Teil die Zukunftsstrategie Europas in den Fokus zu nehmen und sehr genau auf die eng miteinander verbundenen Themen Energie, Klimaschutz und Binnenmarkt zu schauen. Ich glaube, dass wir in diesen Bereichen mehr Integration wagen müssen, um fit zu bleiben für den globalen Wettbewerb. Wir brauchen einen Ordnungsrahmen, der Kreativität, Technologieoffenheit und Wertschöpfung aus Europa heraus ermöglicht.

In manchen Räumen des Hauses Europa ist es zudem stickig geworden vor lauter Bürokratie. Lassen Sie uns hier die Fenster aufreißen und gut durchlüften. Die Bürokratiekosten um 25 Prozent zu senken, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber auch Genehmigungsverfahren müssen weiter entstaubt und pragmatisch erleichtert werden. Nur wenn wir als Standort wettbewerbsfähig sind, können wir geopolitisch Einfluss nehmen.

Nichts geht ohne Energie, hier gilt es den Binnenmarkt zu vollenden und Flaschenhalse an den Grenzen zu beseitigen. Unser Klima schützen wir weniger durch harsches Ordnungsrecht als durch Produkt-, Prozess- oder gar Marktinnovationen, die durch marktwirtschaftliche Prinzipien ermöglicht werden.

Nach dem Blick nach innen schauen wir nach außen: Im letzten Podium morgen diskutieren wir Vor- und Nachteile der potenziellen Grundstücke für unseren Erweiterungsbau, also die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. Leider müssen wir feststellen, dass die infrage kommenden Regionen andernorts Begehrlichkeiten geweckt haben. Dabei wird, wie im Fall der Ukraine, auch vor brutaler Gewalt nicht zurückgeschreckt.

Doch lassen Sie uns auch den Balkan nicht vergessen, wo derzeit viele Akteure mitmischen und die Dinge kompliziert machen – allen voran Russland, China und die Türkei. In beiden Regionen – in Osteuropa und in Südosteuropa – sind unsere europäischen Sicherheitsinteressen betroffen.

Unser Haus Europa muss also nicht nur wind- und wetterfest, sondern auch eine verteidigungsfähige Trutzburg sein; dabei aber offen bleiben für demokratisch gesinnte europäische Nachbarländer, die unser Wertefundament teilen.

Fassen wir also zusammen: Wenn wir das Haus Europa weiterbauen wollen, dann müssen wir erstens die Fundamente prüfen, zweitens Modernisierungsarbeiten vornehmen und uns drittens voller Tatkraft mit möglichen Erweiterungsplänen beschäftigen. Wie sich all dies bewerkstelligen lässt, wollen wir an diesem Wochenende zusammen diskutieren.

Ich danke an dieser Stelle besonders Bischof Dr. Bertram Maier und Abt Johannes Schaber, dass wir in diesen wunderbaren Räumlichkeiten des Klosters Ottobeuren und anlässlich des Ulrichsjubiläums eine gemeinsame Europatagung ausrichten können.

Ich freue mich auf eine in jeder Hinsicht inspirierende Tagung.

Markus Ferber, MdEP

ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Bertram Meier

NICHT NUR WÄHRUNGS- UND WIRTSCHAFTSUNION, SONDERN WERTEGEMEINSCHAFT

Sehr verehrte Damen und Herren,

das gemeinsame „Haus Europa“ ist heute wichtiger denn je! Das dem früheren Präsidenten der EU-Kommission Jacques Delors (1925-2023) zugeschriebene Bonmot „Einen Binnenmarkt kann man nicht lieben“ offenbart eine Wahrheit, die immer wieder Gefahr läuft, vergessen zu werden: Die heutige Europäische Union ist von ihrer historischen Wurzel, vom konkreten Anlass zu ihrer Gründung her keine Wirtschaftsorganisation gewesen. Ihr primäres Ziel war von Anfang an eine Gemeinschaft zur Erhaltung des Friedens in Europa. Wer Europa verstehen und gestalten will, sollte also nicht nur an eine Währungs- und Wirtschaftsunion denken, sondern vor allem an eine Wertegemeinschaft.

Die europäische Union startete 1952 mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,¹ jedoch war dieser wirtschaftliche Zusammenschluss der Gründungsmitglieder Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg eben nicht aus rein ökonomischen Gründen erwogen worden. Es sollte vielmehr verhindert werden, dass über die Grundgüter der Kohle- und Stahlproduktion insbesondere Deutschland wieder in die Lage versetzt würde, erneut einen Krieg in Europa zu beginnen. Nach den Aussagen von Konrad Adenauer (1876-1967) und Robert Schuman (1886-1963) war **die Erhaltung des Friedens** und damit auch **die Völkerverständigung** der ausschlaggebende Impuls für die Gründung der EGKS.² Die Ökonomie war also nur das Vehikel zur Erhaltung des Friedens.

Neben den apokalyptischen Erfahrungen der beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Einsicht der Überlebenden, dass so etwas nie wieder geschehen dürfe, war die Keimzelle dieses „Abenteuers Europa“ **das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland**, genauer gesagt zwischen zwei Personen: Robert Schuman – für den bekanntermaßen sogar ein Seligsprechungsprozess läuft – und Konrad Adenauer, beide übrigens überzeugte Katholiken. Auch diese Tatsache hatte einen entscheidenden Anteil daran, über eine gemeinsame Wertebasis der beiden politischen Protagonisten gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Und jeder von uns weiß: Ohne Vertrauen ist eine funktionierende Partnerschaft nicht möglich. Dies gilt für die Politik, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch für den privaten Bereich.

Der Gedanke der europäischen Einigung – großes Ideal in den 1950er-Jahren war das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa – war vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen schon revolutionär, vor allem mit Blick auf die Organisationsform der Supranationalität. Schaut man zudem weiter zurück in die europäische Geschichte, so erkennt ein objektiver Betrachter, dass das **Christentum seit der Spätantike den Verlauf der Geschichte der europäischen Völker vielfältig geprägt hat**, damals vor allem durch das Wirken zahlreicher Benediktinermönche und Missionare. Eine grundlegende Prägung, die sich bis heute erhalten hat – auch wenn in der Gegenwart viele christliche Werte in den säkularen Gesellschaften drohen, in Vergessenheit zu geraten.³

Die Sehnsucht nach Frieden der Gründergeneration der heutigen EU, die für das einzigartige Einigungsprojekt damals in so vielen Herzen brannte, war im Laufe der Jahre schlicht verfliegen, vielfach bis in die Gegenwart hinein. Aus dem **Friedensprojekt** war nach den Römischen Verträgen 1957⁴ in der öffentlichen Wahrnehmung ein kaltes, bürokratisches **Wirtschaftsprojekt** geworden, das nach Kosten und Nutzen beurteilt wurde. Von positiven Emotionen natürlich keine Spur.

Der Versuch, **die Bürgernähe** zu dieser Union über eine stärkere demokratische Legitimierung durch die Direktwahl des Europäischen Parlamentes seit 1979 zu stärken, zeigte zunächst Wirkung. Aber die Wahlbeteiligung ging über die folgenden Jahrzehnte immer weiter zurück (1979: 61,9 Prozent; 2014: 42,6 Prozent). Immerhin stieg sie bei der EU-Parlamentswahl 2019 leicht auf rund 50 Prozent an.⁵ Ein Hoffnungs-

schimmer? Erst durch das Schengener Abkommen⁶ (in Kraft 1995) und die Einführung des Euro wurde „Europa“ für die Menschen wieder stärker positiv im Alltag erfahrbar.

Und der Frieden in Europa?⁷ Die bittere Erfahrung des aktuellen Krieges in der Ukraine zeigt, wie richtig und zukunftsweisend der Weg der europäischen Integration ist, der 1952 begonnen wurde. „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“ – so steht es im EU-Vertrag.⁸

Was hat dies alles nun mit der Kirche und dem Ulrichsjubiläum zu tun, das wir derzeit im Bistum Augsburg unter dem Leitwort „Mit dem Ohr des Herzens“ begehen?

Die katholische Kirche hat den Prozess der europäischen Integration von Anfang an begrüßt und positiv begleitet. Es gibt ja seitens des Heiligen Stuhls nicht nur einen Apostolischen Nuntius bei der Europäischen Union (derzeit Erzbischof Noël Treanor), sondern im zeitlichen Umfeld der ersten Direktwahl des EU-Parlamentes wurde 1980 auch die COMECE (Commissio Episcopatum Communitatis Europensis), die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union, mit Sitz in Brüssel gegründet. Diese hat auch jüngst dazu aufgerufen, sich aktiv an den kommenden EU-Wahlen zu beteiligen, um aus christlicher Verantwortung das „Haus Europa“ weiterzubauen.⁹ Also, wir jedenfalls sind seit jeher ganz nah dran!

Und der heilige Bistumspatron Ulrich? Er hat nicht nur durch sein Handeln als Bischof und Reichsfürst im Kontext der bekannten siegreichen Lechfeldschlacht 955 die europäische Geschichte mitbeeinflusst und das Christentum verteidigt, sondern in deren Vorfeld vor allem durch seine Friedensvermittlung zwischen König Otto und seinem Sohn im Frieden von Tussa 954 gezeigt, dass nur der Zusammenhalt stark macht und die Chance auf eine gute Zukunft eröffnet. Und nicht zu vergessen: Er hat sich der Armen und Kranken angenommen. Er hörte „Mit dem Ohr des Herzens“ und handelte.

Dr. Bertram Meier
ist Bischof von Augsburg.

Anmerkungen

- 1 Zugrunde lag ihr der sogenannte „Schuman-Plan“ vom 9. Mai 1950.
- 2 Vgl. dazu Goldt, Christoph: Europas Anfang – Europas Ende?, Geschichte und Perspektiven einer sagenhaften Entführung, Ein historisch-politischer Essay, Münster/Berlin 2023, hier S. 78 f.
- 3 Der EU-Vertrag spricht nur vom „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas“.
- 4 Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1967 Fusion beider mit der EGKS zur „EG“.
- 5 Vgl. Goldt: Europas Anfang – Europas Ende?, S. 80.
- 6 Freier Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen („Europa ohne Grenzen“).
- 7 Vgl. dazu „Friede diesem Haus“, Friedenswort der deutschen Bischöfe, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 21.2.2024.
- 8 Art. 3 Abs. 1 EUV.
- 9 „Für eine verantwortungsvolle Wahl zur Förderung der christlichen Werte und des europäischen Projekts“. Erklärung der Bischöfe der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE) zu den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament, 13.3.2024. Quelle: <https://www.comece.eu/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/2024-03-13-EU-Elections-Statement-DE.pdf>.

Johannes Schaber

ZUR GESCHICHTE DER ABTEI OTTOBEUREN

Sehr verehrte Damen und Herren,

die Abtei Ottobeuren wurde vor 1260 Jahren, im Jahre 764 nach Christus, gegründet und besteht seitdem bis heute ununterbrochen. Während dieser langen Zeit lebten und leben die Mönche von Ottobeuren nach der Regel des heiligen Benedikt von Nursia (480-547), beten und arbeiten vor Gott. Aus unserem cultus, unserem religiösen und liturgischen Lebensvollzug hier am immer selben Ort (stabilitas), erwachsen die agricultura und die cultura. Durch ihren cultus brachten die Benediktiner wesentliche, Europa prägende Kulturleistungen hervor. Auch das Kloster Ottobeuren.

Jenseits der Blütezeiten gehörten in unserer Geschichte auch Krisenzeiten und Zeiten des Niedergangs dazu. Wir sind heute der festen Überzeugung, dass die Geschichte unseres Klosters wohl schon im Jahr 973 abgebrochen wäre, hätte nicht damals der heilige Ulrich von Augsburg (890-973) in den Monaten vor seinem Tod neben seinen bischöflichen Aufgaben auch die äbtliche Verantwortung als Kommendatarabt für unser Kloster übernommen, als Siebter in der Abtsreihe. Inmitten einer großen Krise des Klosters schaltete er sich ein, regelte die aufgestauten Probleme und gestaltete so den Übergang: Dass durch stabile Verhältnisse die Zukunft des Klosters gesichert war und all das durch den cultus des Konvents weiterhin entstehen konnte, auf was wir heute als unsere ununterbrochene langjährige Geschichte dankbar zurückblicken dürfen.

Papst Benedikt XVI. (1927-2022) sagte über seinen Namenspatron Benedikt von Nursia, er sei „ein grundlegender Bezugspunkt für die Einheit Europas und ein nachdrücklicher Hinweis auf die unverzichtbaren christlichen Wurzeln der europäischen Kultur und Zivilisation.“¹

Benedikt bezeichnet seine Regel als „einfach“ und als „Anfang“.² Er hat sie nicht nur als nützliche Anweisung für Mönche geschrieben. Durch ihr Maß, ihre Menschlichkeit und ihre nüchterne Unterscheidung zwischen dem Wesentlichen und dem Zweitrangigen im geistlichen Leben ist sie auch hilfreich für all jene, die auf ihrem Weg zu Gott eine Anleitung suchen. Insofern konnte die Regel Benedikts ihre ursprüngliche erhellende Kraft bis heute aufrechterhalten.

Als Papst Paul VI. am 24. Oktober 1964 den hl. Benedikt zum Patron Europas erklärte, wollte er damit das wunderbare Werk anerkennen, das von dem Heiligen durch die „Regel“ für die Formung der Zivilisation und der europäischen Kultur vollbracht worden ist. „Heute ist Europa – das gerade aus einem Jahrhundert gekommen ist, das von zwei Weltkriegen tief verletzt worden ist und nach dem Zusammenbruch der großen Ideologien, die sich als tragische Utopien erwiesen haben – auf der Suche nach seiner Identität. Um eine neue und dauerhafte Einheit zu schaffen, sind die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Instrumente sicher wichtig, aber aus christlicher Sicht ist es auch notwendig, eine ethische und geistliche Erneuerung zu erwecken, die aus den christlichen Wurzeln des Kontinents schöpft“, um die Kunst eines wahren „Humanismus“ zu leben.³ „An der Wende vom 5. zum 6. Jahrhundert“, so Papst Benedikt XVI. weiter, „wurde die Welt von einer schrecklichen Krise der Werte und Institutionen erschüttert, die durch den Zusammenbruch des Römischen Reiches, das Eindringen der neuen Völker und den Verfall der Sitten verursacht worden war. Mit der Vorstellung des hl. Benedikt als ‚leuchtenden Stern‘ wollte [Papst] Gregor [der Große] in dieser furchtbaren Situation gerade hier in dieser Stadt Rom den Ausweg aus der ‚dunklen Nacht der Geschichte‘ zeigen.“⁴

Benedikt von Nursia hat weit über seine Heimat und Zeit hinaus das Antlitz Europas verändert, „indem er nach dem Zerfall der politischen Einheit, die durch das Römische Reich geschaffen worden war, eine neue geistliche und kulturelle Einheit hervorbrachte, nämlich jene des christlichen Glaubens, den die Völker des Kontinents teilten. Gerade so entstand die Wirklichkeit, die wir ‚Europa‘ nennen.“⁵

Bei seinem Besuch im österreichischen Stift Heiligenkreuz 2007 forderte Papst Benedikt XVI. die Mönche dazu auf: „Eure uralten Stifte mit Ursprüngen und Traditionen, die über Jahrhunderte reichen, sind Orte der ‚Präferenz für Gott‘. Liebe Mitbrüder, macht diesen Vorrang Gottes

den Menschen deutlich sichtbar! Als geistliche Oase zeigt ein Kloster der heutigen Welt das Allerwichtigste, ja das letztlich allein Entscheidende: Dass es einen letzten Grund gibt, um dessentwillen es sich zu leben lohnt: Gott und seine unergründliche Liebe. Und Euch, liebe Gläubige, bitte ich: Nehmt Eure Stifte und Klöster als das wahr, was sie sind und immer sein wollen: nicht nur Kultur- und Traditionsträger oder gar bloße Wirtschaftsbetriebe. Struktur, Organisation und Ökonomie sind auch in der Kirche notwendig, aber sie sind nicht das Wesentliche. Ein Kloster ist vor allem eines: ein Ort der geistlichen Kraft. Wenn man zu einem Eurer Klöster [hier in Österreich] kommt, empfindet man dasselbe, wie wenn man nach einer schweißtreibenden Wanderung in den Alpen sich endlich an einem klaren Quellbach erfrischen kann. Nutzt also diese Quellen der Nähe Gottes in Eurem Land, schätzt die Ordensgemeinschaften, Klöster und Stifte und nehmt den geistlichen Dienst in Anspruch, den die Gottgeweihten für Euch zu leisten bereit sind!“⁶

2008 rief Papst Benedikt XVI. junge Menschen dazu auf, sie mögen zu Baumeistern des Friedens und der Einheit werden, und verwies sie unter anderem auf den jungen heiligen Benedikt.⁷ Kommt jemand an die Klosterpforte eines Benediktinerklosters, liest er über dem Eingang das Wort „Pax – Friede“. Kein anderes Kloster ist so sehr zum Sinnbild einer Oase des Friedens geworden wie die Mutterabtei Montecassino. Um Benediktinerklöster als Schulen des Friedens herum entstanden durch ihre Zivilisation der Liebe Oasen des Friedens und der Einheit.⁸

In diesen Schulen des Friedens konnten die Klöster im Laufe der Jahrhunderte lebendige Zentren des Dialogs, der Begegnung und der heilsamen Verschmelzung verschiedener Völker werden, die eine auf dem Evangelium gründende Kultur des Friedens vereint. Die Mönche haben es verstanden, mit ihrem Wort und Beispiel in der Kunst des Friedens zu unterweisen, indem sie auf konkrete Weise die drei „Bande“ umgesetzt haben, die Benedikt als notwendig dafür angibt, die Einheit des Geistes unter den Menschen zu bewahren: das Kreuz, das das Gesetz Christi ist; das Buch, also das Wissen; den Pflug, der für die Arbeit steht, die Herrschaft über die Materie und über die Zeit. Dank der Aktivität der Klöster, die sich im dreifachen täglichen Einsatz des Gebets, des Studiums und der Arbeit zeigt, haben ganze Völker des europäischen Kontinents eine authentische Befreiung und die Vorzüge eines moralischen, spirituellen und kulturellen Fortschritts erfahren und gelernt, in Kontinuität mit der Vergangenheit zu leben, sich aktiv für das Gemeinwohl einzusetzen und

sich Gott und der transzendenten Dimension gegenüber zu öffnen. Beten wir, dass Europa dieses Erbe der christlichen Prinzipien und Ideale stets zu schätzen weiß, das einen immensen kulturellen und geistlichen Reichtum darstellt. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn man die beständige Lehre des heiligen Benedikt annimmt, nämlich das „quaerere Deum“, Gott suchen, als grundsätzliches Streben des Menschen. Ohne Gott kann sich der Mensch nicht vollkommen verwirklichen, nicht wirklich glücklich sein.“⁹

Aus diesem Geist des heiligen Benedikt lebte Ulrich von Augsburg. Bei den Benediktinern von St. Gallen aufgewachsen und erzogen, ließ er als Bischof von Augsburg mehrere, bei Ungarneinfällen zerstörte Klöster in seinem Bistum, darunter die Abteien Benediktbeuern und Kempten, wiederaufbauen. Als Abt von Kempten und von Ottobeuren förderte er in krisenhaften Zeiten das geistliche Leben in diesen Klöstern und half dabei, dass sie zu „Oasen des Friedens und der Einheit“ werden konnten.

In diesem Sinne möge nach dem Beispiel der Heiligen Benedikt und Ulrich unsere Tagung „Das Haus Europa gemeinsam weiterbauen“ im Ulrichs-Jubiläumsjahr auch heute unser Kloster wieder zu einer „Oase des Friedens“ werden lassen, von der aus das „Ottobeurer Europa-manifest“ in diese Welt neu hinausstrahle.

Johannes Schaber, OSB

ist Abt der Benediktinerabtei Ottobeuren.

Literaturempfehlung:

Schaber, Johannes OSB: Der Mönchsvater und Patron Europas Benedikt von Nursia in der Theologie Papst Benedikts XVI., in: Mit Gott in eine gute Zukunft übersetzen. 1250 Jahre benediktinisches Mönchtum in Ottobeuren, hrsg. von dems., St. Ottilien 2022, S. 143-179.

Anmerkungen

- 1 Generalaudienz in Rom am 27. April 2005.
- 2 Regula 73, 8.
- 3 Generalaudienz in Rom am 9. April 2008.
- 4 Vgl. Johannes Paul II.: Insegnamenti, II/1, Libreria Editrice Vaticana 1979, S. 1158.
- 5 Generalaudienz in Rom am 9. April 2008.
- 6 Benedikt XVI.: Ansprache beim Besuch der Zisterzienserabtei Heiligenkreuz bei Wien am 9. September 2007.
- 7 Rosenkranzgebet mit Universitätsstudenten in der Vatikanischen Audienzhalle am 1. März 2008.
- 8 Vgl. Benedikt XVI. / Ratzinger, Joseph: Jesus von Nazareth. Erster Teil. Freiburg-Basel-Wien 2007, S. 56.
- 9 Benedikt XVI.: Predigt beim Vespergottesdienst in der Erzabtei Montecassino am 24. Mai 2009.

Markus Ferber

EU-ERWEITERUNG ALS CHANCE UND HERAUSFORDERUNG

Sehr verehrte Damen und Herren,

der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt für die europäische Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik eine entscheidende Zäsur dar: Vor dem 24. Februar 2022 hat man unseren östlichen Nachbarn die graduelle politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration in Aussicht gestellt. Die Möglichkeit, vollwertiges Mitglied der EU zu werden, hat sich nur als langfristiges Ziel am Horizont abgezeichnet.

Die neue geopolitische Realität, mit der wir seit dem Überfall auf die Ukraine konfrontiert sind, hat zu einem grundsätzlichen Umdenken geführt: Innerhalb kürzester Zeit hat die EU Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, der Republik Moldau und auch mit Bosnien-Herzegowina aufgenommen. Damit ist eine EU-Mitgliedschaft für viele osteuropäische Länder in greifbare Nähe gerückt.

Aus meiner Sicht gibt es keinen Zweifel daran, dass wir die Staaten in unserer unmittelbaren Nachbarschaft langfristig an Europa binden müssen. Das liegt nicht nur im Interesse dieser Länder, sondern auch in unserem eigenen Interesse. Eine größere Union hätte mehr geopolitisches Gewicht und Einfluss auf der internationalen Bühne. Sie ist auch jetzt schon ein starker und verlässlicher Wirtschaftspartner – und ein weiter wachsender Binnenmarkt könnte diese Stellung auch in Zukunft sichern. Und gerade der Ukrainekrieg hat uns den Wert der europäischen Friedensordnung eindrucklich vor Augen geführt.

Auch für die Menschen in der Nachbarschaft der EU ist eine EU-Beitrittsperspektive ein wichtiges Signal: Sie vermittelt die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Wohlstand. Sie stärkt die proeuropäischen Kräfte der Zivilgesellschaft. Sie unterstützt gesellschaftliche Transformationsprozesse in diesen Ländern.

Beitrittsverhandlungen allein sind allerdings noch keine Garantie für eine rasche EU-Mitgliedschaft. Das wissen wir aus der Erfahrung mit den Westbalkanländern. Wenn wir die geweckten Hoffnungen nicht enttäuschen und zügig zu Ergebnissen kommen wollen, müssen wir nicht nur ehrlich mit den Kandidatenländern, sondern auch mit uns selbst sein: Gegenwärtig sind weder die EU noch die Kandidatenländer bereit für einen Beitritt.

Das betrifft bei der EU insbesondere die institutionellen Entscheidungsprozesse und die finanziellen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen. Die EU-Institutionen befinden sich seit der Finanzkrise 2009, der Coronapandemie und dem Angriffskrieg auf die Ukraine in einem fortwährenden Stresstest – und diese Institutionen haben sich trotz langer Verhandlungen und schwieriger Entscheidungsprozesse als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Trotzdem müssen wir die EU darauf vorbereiten, dass in Zukunft nicht nur 27, sondern 30 oder 35 Staaten mit am Verhandlungstisch sitzen werden. Die EU wird also deutlich heterogener werden.

Bei den potenziellen EU-Ländern gibt es zwar sukzessive Fortschritte, aber keines dieser Länder bringt die Voraussetzungen mit, schon morgen vollwertiges Mitglied der europäischen Gemeinschaft sein zu können. Trotz großem Reformeifer sind die Defizite im Bereich Rechtsstaatlichkeit, im Kampf gegen Korruption oder bei der Integration in den Binnenmarkt – um nur einige Bereiche zu nennen – in vielen Ländern noch zu groß.

Wir müssen uns wohl auf einen langen und beschwerlichen Weg einstellen. Umso wichtiger ist es allerdings, dass wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren, diesen Prozess aktiv begleiten und bei allen Beteiligten für Verständnis werben. Wir brauchen neue Ideen, wie wir die Beitrittsländer für geleistete Fortschritte belohnen können und gleichzeitig aber die Integrationskapazität der EU, neue Länder aufzunehmen, nicht überlasten.

In diesem Spannungsfeld zwischen Herausforderung und Chance bewegt sich die Debatte zur EU-Erweiterung momentan. Wir müssen die Herausforderungen klar benennen und diesen Prozess gleichzeitig als Chance zur Weiterentwicklung der EU begreifen. Nur dann wird es uns gelingen, das Haus Europa gemeinsam weiterzubauen.

Markus Ferber, MdEP

ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Impressum

Herausgeber:

© 2024, **Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**

Lazarettstraße 33, 80636 München

Tel. +49 (0) 89 1258-0

info@hss.de

www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Generalsekretär: Oliver Jörg

Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Susanne Berke, Barbara Fürbeth, Dr. Benjamin Hahn, Thomas Haslböck

Layout und Satz: Marion Steib

Druck: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis zum Datenschutz: Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns abgespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.hss.de/datenschutz/.

ISBN 978-3-88795-631-8

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33
80636 München
www.hss.de
info@hss.de
T +49 (0) 89 12 58-0

Instagram: [stiftungfuerdemokratie](#)
Facebook: [HannsSeidelStiftung](#)
LinkedIn: [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
X: [HSSde](#)
YouTube: [HannsSeidelStiftung](#)
WhatsApp: [Hanns-Seidel-Stiftung e.V.](#)